* **Forderungen und Wünsche der Wiener Magistratsbeamten.** „Die durch wucherische Preistreiberei und mangelnde Voraussicht berufener Stellen wesentlich verschärfte Teuerung“ veranlaßte auch die Wiener Magistratsbeamten, durch ihre Organisationen an den Wiener Gemeinderat und an den Bürgermeister um Erhöhung ihrer Bezüge heranzutreten. Vor einigen Tagen überreichten sie dem Bürgermeister eine umfangreiche Eingabe, in der sie folgende Forderungen erheben: 1. Erhöhung des Grundgehalts um 10 Prozent für alle Kategorien und Rangsklassen der aktiven und pensionierten Beamten. 2. Das abgelaufene Kriegsjahr sei bei der Gehaltsvorrückung, Zeitbeförderung und Versetzung in den Ruhestand **doppelt** zu rechnen. 3. Errichtung einer zentralen Einkaufsstelle (Lebensmittelmagazin), damit „ihnen eine von der Privatspekulation mitzogene Einkaufsquelle für alle unentbehrlichen Lebensmittel“ zur Verfügung stehe. — Es kommen 3171 Personen in Betracht, die Kosten würden jährlich 1,100.000 Kronen betragen. Als Begründung für diese Forderungen wird außer der Kriegsnot noch angeführt, daß den Gemeindefontrahenten ab 1. April eine Erhöhung der Tarife bis zu 10 Prozent (wie man jetzt dadurch erfährt!) zuerkannt worden sei. So weit — so gut! Wir sind die letzten, die

nicht Verständnis für die jetzigen Sorgen der Festangestellten haben würden. Die Magistratsbeamten haben aber ganz überflüssigerweise auch die Sorgen der Gemeindegewaltigen auf sich genommen und Vorschläge über die Bedeckung gemacht, die auch weitere Kreise interessieren dürften. In dem Augenblick, wo sie über die Teuerung klagen und für sich erhöhte Einkünfte verlangen, muten sie ihren anderen Wiener Mitbürgern zu, daß sie sich eine Erhöhung der Gas- und elektrischen Strompreise sowie der Fahrpreise auf den städtischen Straßenbahnen gefallen lassen sollen. Für die ganze Denkweise, das soziale Empfinden und — das dabei in Anwendung gebrachte entsetzliche Deutsch der Herren Magistratsbeamten sind auch die darauf bezüglichen Ausführungen in der Eingabe mit Nutzen zu lesen. Es heißt dort: „Der Besuch der städtischen Straßenbahnen muß seitens der wohlhabenden Gesellschaftskreise eigentlich mit Rücksicht auf das Fehlen von Pferde- und Autofahrzeugen im Steigen begriffen sein, der Verdienst der Arbeiter hat sich bis auf das Doppelte der früheren Löhne erhöht, mithin wird auch von dieser Bevölkerungsklasse eine kleine Erhöhung der Fahrpreise nicht schwer empfunden werden.“ Daß neben den Lebensmittelwucherern jetzt auch noch die Gemeinde Wien die breiten Schichten zu erhöhten Ausgaben zwingen soll, wie es „seitens“ der freundlichen Herren Magistratsbeamten den Gemeindegewaltigen vorsorglich angeraten wird, ist ihnen aber noch lange nicht genug. Sie sind Vestheten, die sogar patriotische Zubekundgebungen „seitens“ der beglückten Wiener Bevölkerung verlangen, wenn diese Pläne zur Wirklichkeit werden sollten. So kann man in der Eingabe weiter lesen: „Daß aber die breite Masse des Volkes die im Wege einer wohlwogeneren Veröffentlichung kundgemachte Erhöhung der Preise für Gas, elektrischen Strom und der Fahrpreise im Hinblick auf die Lasten der Gemeinde nicht nur wohl erfassen, sondern auch in wirklich patriotischem Sinne ohne Murren ertragen wird, erscheint beinahe sicher!“ Man fragt sich, ob sich die Herren in dieser ernstesten Zeit mit dem Bürgermeister oder mit der Bevölkerung einen recht ungeziemenden Scherz erlauben wollten oder ob sie wirklich kein Verständnis für die — sagen wir — Kühnheit haben, mit der sie ein Gesuch um Gehaltsaufbesserung zu stützen vermeinen. Jede dieser Annahmen ist ein recht bedenkliches Zeichen für den Geist, der in der jetzigen Beamtenerschaft des Wiener Magistrats eine Heimstätte gefunden hat. Es ist uns nicht bekannt, was Herr Weiskirchner der Abordnung auf diese Eingabe geantwortet hat; die sonst so redselige Rathauskorrespondenz wußte über diese Angelegenheit bis jetzt kein Sterbenswörtchen zu berichten.